

An den
Sozialausschuss

Stellungnahme zu folgenden Anträgen:

a) Demenzplan für Schleswig-Holstein erstellen

Die Erstellung eines Demenzplanes und die damit verbundene Gewährleistung und Sicherstellung einer optimierten Versorgung Demenzkranker ist ein wichtiger und dringend notwendiger Schritt in die richtige Richtung. Wenn hier nicht zeitnah gehandelt wird, wird uns m. E. in einigen Jahren die Problematik im Zusammenhang mit den Demenzkranken wie eine Lawine überrollen. Im Pflegestützpunkt werden wir fast täglich mit den vielschichtigen Problemen der Betroffenen und deren Angehörigen bzw. deren Umfeld konfrontiert. Da die meisten Menschen bei Pflegebedürftigkeit und/oder Demenz so lange wie möglich in der Häuslichkeit verbleiben wollen, sollten hier die Hilfs- und Entlastungsmöglichkeiten erheblich verbessert werden.

Es ist unerlässlich, schon heute in gute, praxistaugliche und vor allem bürgernahe Aufklärungsangebote sowie in bessere und vielfältigere Versorgungsangebote zu investieren. Hier ist es meiner Ansicht nach besonders wichtig, auf schon vorhandene Strukturen aufzubauen, da dort bereits erhebliches „Know-how“ besteht und in den vergangenen Jahren eine einheitliche Hilfestruktur und eine kreisübergreifende Vernetzung der regionalen Angebote geschaffen wurde. Die erfolgreiche Arbeit des Kompetenzzentrum Demenz (ehem. Landesagentur für Demenz), sowie auch die der Pflegestützpunkte (ehem. Trägerunabhängige Beratungsstellen) sind Beispiele für kompetente und vor allem bürgernahe und niedrigschwellige Hilfs- bzw. Beratungsangebote.

Auch eine systematische Aufklärung, Information und Schulung der im Antrag aufgeführten Zielgruppen (Angehörige, Pflegekräfte, Bankangestellte, Polizisten, etc.) halte ich für dringend erforderlich. Je besser Menschen im Umfeld Demenzkranker über die Auswirkungen und Symptome aufgeklärt werden, umso mehr Lebensqualität erfahren die Betroffenen und auch die Angehörigen, die oft unter zunehmender Isolation und Hilflosigkeit leiden.

Des Weiteren halte ich sowohl die Beratungsangebote für Wohnformen, wie z.B. Wohn-Pflege-Formen, als auch die Erarbeitung von Qualitätsstandards für alternative Wohnformen für erforderlich.

Es ist sicher sinnvoll, neue und bessere Entlastungsangebote für pflegende Angehörige von Demenzkranken zu entwickeln, damit so lange wie möglich eine Versorgung in der Häuslichkeit stattfinden kann.

Landesweite Informationskampagnen zur Aufklärung über die Demenzerkrankungen sollten m. E. gezielt, sinnvoll und so initiiert sein, dass sie auch in der Bevölkerung ankommen. Hier sollte man unbedingt das Erfahrungspotential von Fachleuten z. B. der Alzheimer Gesellschaft oder des Kompetenzzentrums Demenz miteinbeziehen. Es ist sehr zu begrüßen, dass der Landtag das Vorhaben der Bundesregierung, den Pflegebedürftigkeitsbegriff neu zu fassen, unterstützen will. Die dringendst notwendige Anpassung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs sollte meiner Meinung nach deutlich schneller als geplant in Angriff genommen werden. Bei den zurzeit gültigen Richtlinien zur Begutachtung von Pflegebedürftigkeit wird der oft sehr umfangreiche Hilfebedarf in Form von Betreuung und Beaufsichtigung von Demenzkranken viel zu wenig berücksichtigt.

b) Bessere Anerkennung und Rahmenbedingungen in der Pflege

Da wir schon jetzt in Schleswig-Holstein, wie auch im gesamten Bundesgebiet, einen Fachkräftemangel in der Pflege haben, ist es dringend erforderlich, dem möglichst zeitnah entgegenzuwirken. Aufgrund der demografischen Entwicklung wird es auch zukünftig einen hohen Bedarf an gut ausgebildeten Fachkräften im Pflege- und Gesundheitsbereich geben. Hinzu kommt, dass es künftig immer weniger Angehörige geben wird, die bereit sind, ihre Eltern/Schwiegereltern zu versorgen, bzw. zu pflegen.

Meiner Ansicht nach ist es dringend erforderlich, das Ansehen der Pflegeberufe in der Gesellschaft zu fördern. Die Bildung einer Pflegekammer als Instrument der Selbstverwaltung wäre endlich ein wichtiger Schritt, um das Gewicht der Pflege in der Öffentlichkeit und Politik zu erhöhen.

Die Anerkennung der Professionalität der Pflegeberufe muss stärker als bisher gefördert werden.

Die Einführung eines Pflegestudiums ist genauso erforderlich, wie in die Pflegeforschung zu investieren. Aber noch wichtiger wird künftig die Förderung von gut ausgebildeten und motivierten Pflegefachkräften sein, die die pflegerische Versorgung der Betroffenen sicherstellen werden.

Zugleich wird es erforderlich sein, die Pflegeausbildung zu reformieren. Es gibt hier verschiedene Ansätze der Ausbildungsträger. So wird z.B. im Bildungszentrum für Gesundheitsberufe des DRK-Krankenhauses Mölln-Ratzeburg seit zwei Jahren erfolgreich die integrierte Ausbildung angeboten. Sinnvoll ist m. E. eine gemeinsame Ausbildung in der Alten- und Gesundheits- / Krankenpflege.

Zurzeit gibt es zu wenig vom Land geförderte Ausbildungsplätze in der Altenpflege. Das bedeutet für viele stationäre Einrichtungen, dass sie die Ausbildung selber finanzieren müssen; auch auf die Gefahr hin, dass die Pflegekraft nach der Ausbildung evtl. nicht in der Einrichtung bleibt.

Eine Ausbildungsumlage in der Altenpflege sowie eine Erhöhung der geförderten Ausbildungsplätze sind unbedingt erforderlich.

Entweder sollte die Anzahl der Ausbildungsplätze erhöht werden oder die Ausbildung sollte wie die in der Gesundheits- und Krankenpflege durch einen Ausbildungsfond finanziert werden. Hier besteht meiner Meinung nach ein dringlicher Reformbedarf, damit grundsätzlich auch mehr Pflegekräfte ausgebildet werden können.

Weiterhin ist es unbedingt erforderlich, auch das dritte Ausbildungsjahr im Rahmen einer durch die Bundesagentur für Arbeit geförderten Umschulungsmaßnahme zur Pflegefachkraft zu finanzieren. Außerdem sollten Frauen (und Männer), die längere Zeit wegen Kindererziehung pausiert haben, der Wiedereinstieg in den Beruf erleichtert werden, indem z. B. Wiedereinstiegskurse angeboten und gefördert werden. Häufig scheuen sich gerade Frauen, die mehrere Jahre nicht im Beruf gearbeitet haben, wegen der vielen Veränderungen den Wiedereinstieg. Gerade diesen Frauen sollte der Wiedereinstieg durch Fördermaßnahmen erleichtert werden.

Vielen Dank, dass Sie mir die Möglichkeit einer Stellungnahme gegeben haben. Für weitere Fragen stehe ich Ihnen gerne unter der Tel.-Nr. 04542-826549 zur Verfügung.

Silke Amrhein
Leiterin
Pflegestützpunkt im Kreis Herzogtum Lauenburg

Mölln, im Januar 2012